

Medienkonferenz vom 13. Juli 2006

Rosmarie Zapfl-Helbling, Nationalrätin, Mitglied des Europarates

Vor mehr als drei Jahren wurde die Asylinitiative der SVP im Parlament und von der Basis der CVP abgelehnt. Nun haben wir ein revidiertes Asyl- und Ausländergesetz das weit über die damalige Initiative hinausgeht und dem die Mehrheit des Parlamentes zugestimmt hat. Im Parlament haben sich viele Parlamentarierinnen und Parlamentarier, ich auch, der Stimme enthalten. Wir haben uns zunächst innerhalb der Partei gegen die Verschärfung gewehrt. Auch wenn sich viele aus Respekt vor der Partei nicht im Komitee engagieren, machen sie doch öffentlich ihre Haltung klar. So Lucrezia Meier-Schatz, Nationalrätin, und Eugen David, Ständerat.

Viele Mitglieder der Basis haben sich auch an der Delegiertenversammlung in Chur von dieser Gesetzgebung distanziert.

- Sie sind besorgt und bezeichnen das Gesetz als unmenschlich und befürchten, dass dadurch der Willkür Tür und Tor geöffnet wird.
- Wir stecken Männer, Frauen und auch Minderjährige hinter Gitter, obwohl sie ausser dem illegalen Aufenthalt in unserem Land kein Delikt begangen haben. Es ist noch nicht lange her, dass Tausende von Schweizern aus materieller Not ausgewandert sind.
- Vertreter von Städten und Kantonen haben sich negativ zu den Gesetzesänderungen geäussert, weil sie finanziell mehr zur Kasse kommen und Asylbewerber mit einem Nicht-eintretensentscheid nirgends registriert sind. Die Leute werden vermehrt Kleindelikte begehen, um zu überleben und das führt in den Städten vermehrt zu einem Gefühl der Unsicherheit.

Mein Engagement gegen dieses Gesetz liegt auch darin, weil ich in Holland und England die Auswirkungen der Verschärfung gesehen habe. Als Mitglied des Europarates habe ich in diesen beiden Ländern die Situation untersucht. Der Europarat, als Hüter der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit, ist sehr besorgt über die Situation in Ländern mit verschärften Asylgesetzen. Er engagiert sich mit seinen Berichten für eine Verbesserung im Asylbereich. Im Bericht, den ich dazu verfasst habe, wird auf verschiedene Punkte hingewiesen, die die Mitgliedländer des Europarates einhalten müssen. Mit der Verschärfung der Gesetzgebung kommt die Schweiz in Konflikt mit der Menschenrechtskonvention und der Kinderrechtskonvention. Die Schweiz wurde im vergangenen Jahr schon vom Menschenrechtskommissar des Europarates kritisiert. Sie tut gut daran, wenn sie die bestehenden Probleme behebt und nicht noch neue schafft.

Der Schweizerische Katholische Frauenbund, dem ich als Mitglied angehöre, hat in seiner Stellungnahme darauf hingewiesen, dass flüchtende Frauen und Kinder einen besonderen Schutz brauchen. Sie werden von schwerer systematischer Gewalt und Menschenrechtsverletzungen getroffen. Mit dem neuen Asylrecht wird ihnen verunmöglicht, ein Asylgesuch zu stellen. Gerade Frauen und Kinder haben oft keine gültigen Pässe oder Identitätspapiere. Wie sollen sie gültige Papiere innerhalb von 48 Stunden beschaffen, wenn die Ausstellung eines gültigen Reisepasses auch in der Schweiz zehn Arbeitstage benötigt? In vielen patriarchalen Gesellschaften besitzen nur die Männer gültige Papiere und in Nigeria zum Beispiel erst volljährige Personen.

Bemerkenswert ist der Rückhalt, den wir bei allen religiösen Gemeinschaften der Schweiz gegen die Verschärfung des Gesetzes finden. Vor allem auch der Bischofskonferenz. Sie haben ihre Mitarbeiter an der Basis, sie sehen und hören täglich wie unmenschlich die Situation für Flüchtlinge in der Schweiz ist und befürchten zu recht den Verlust der humanitären Tradition.

Zum Schluss erlauben Sie mir die Bemerkung: Für mich ist unglaublich, dass die SVP und ein SVP-Bundesrat unter der Fahne der humanitären Tradition eines der schärfsten Asylgesetze Europas einführen wollen. Ausgerechnet diese Partei, die mit zwei Initiativen in den Jahren 1996 – damals trat ich noch gegen Herrn Blocher in der Arena auf – und 2002 die Asylgewährung in der Schweiz verunmöglichen wollten. 1979 wurde in der Schweiz das erste Asylgesetz verabschiedet. Dieses wurde seither immer wieder revidiert und zunehmend verschärft. Das neue Gesetz geht nun noch weiter als die im Jahr 2002 vom Volk abgelehnte Initiative:

- Damals wollte die SVP Bundeszentren mit minimaler Unterstützung einführen, aber keinen Sozialhilfestopp.
- Die Verschärfung der Zwangsmassnahmen, Beugehaft, zwei Jahre Haft, waren kein Thema.
- Niemand diskutierte über eine Verschärfung des Nichteintretensgrundes bei fehlenden Papieren.

CVP, FDP, SP und Grüne, Bundesrat und Parlament haben damals diese Initiative klar abgelehnt.

Die Revision bedeutet das Ende der humanitären Tradition. Die Folgen sehen wir in anderen Europäischen Ländern. In den Niederlanden führte die verschärfte Asylpolitik sogar zu einer Regierungskrise.

Ich bin überzeugt, dass das Schweizer Volk diese Gefahr wahrnimmt und wie schon so oft, einem nutzlosen, unmenschlichen und kontraproduktiven Gesetz die nötige Abfuhr erteilt.

* * *